

Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung

Vorschläge vom Mouvement Ecologique für die Legislaturperiode 2004 - 2009

Es ist mittlerweile zu einer Tradition geworden, dass der Mouvement Ecologique im Vorfeld der Nationalwahlen und im Hinblick für die politische Arbeit der nächsten Legislaturperiode seine Anregungen vorlegt, die in einer Reihe von Arbeitsgruppen von Fachleuten und Mitgliedern erstellt wurden.

Diese Vorschläge wurden in einem Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung zusammengefasst, in der Hoffnung, dass die dargelegten Konzepte und Ideen Eingang in die politische Arbeit der nächsten Jahre finden werden.

Nach enttäuschender Bilanz dieser Legislaturperiode - Herausforderungen aufgreifen

Die Bilanz dieser Regierung im Bereich nachhaltige Entwicklung ist enttäuschend

Anlässlich der Regierungsbildung 1999 fanden zahlreiche Vorschläge des Mouvement Ecologique Eingang in das Koalitionsprogramm. Nunmehr, zum Schluss dieser Amtsperiode, ist die Bilanz aber recht ernüchternd, lediglich etwa 20% der im Regierungsabkommen vorgesehenen Vorhaben im Bereich nachhaltige Entwicklung wurden tatsächlich umgesetzt.

Dieser Regierung ist es somit nicht einmal annähernd gelungen, ihren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Dieses ist nicht nur aus inhaltlicher Sicht als äusserst problematisch zu werten - wesentliche Problemfelder wurden nicht aufgegriffen; Zukunftsherausforderungen verpasst. Nein, es ist auch aus demokratischer Sicht mehr denn bedenklich, wenn eine Regierung nicht einmal den selbst formulierten Arbeitsauftrag Ernst nimmt.

Daran ändert auch ein IVL-Konzept - so positiv auch seine Grundorientierung sein mag - nichts: während fünf Jahren wurden mit Ausnahme von Belval-West kaum landesplanerische oder verkehrspolitische Akzente gesetzt.

Nun beabsichtigt die Regierung, in den nächsten 2 Wochen vom Parlament noch eine Reihe grundsätzlicher Gesetzesprojekte quasi "durchpeitschen" zu lassen, um die doch mehr denn magere Regierungsbilanz etwas aufzubessern. Diese Torschlussaktivität kann die Bilanz dieser Regierung jedoch kaum verbessern. Vor allem auch da die Gesetzesprojekte die noch zum Votum anstehen - wie z.B. die Reform des Gesetzes betreffend die Bebauung in den Gemeinden von 1937 - nicht mehr mit der notwendigen Sorgfalt diskutiert werden konnten und entsprechend wesentliche Schwachstellen aufweisen!

Die Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklungen in der nächsten Legislaturperiode endlich aufgreifen!

Es fällt schon etwas schwer, jetzt erneut Anregungen für die nächste Legislaturperiode zu artikulieren, wenn gewusst ist, dass sogar deren Integration in ein Koalitionsabkommen wirkungslos sein kann.

Dennoch: es ist die Rolle eines Mouvement Ecologique weiterhin auf die Umsetzung von wichtigen Konzepten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung zu setzen. Mit Ausdauer wird doch nach langen Jahren so mancher Vorschlag aufgegriffen (Beispiel Mobilitätszentrale, die jedoch noch immer noch ihrer Umsetzung harrt...).

Eines wird zweifelsfrei deutlich: der vorliegende Aktionskatalog steht für ein konsequentes Eintreten für die

nachhaltige Entwicklung. Dieser doch so oft und arg missbrauchte Begriff steht für vieles: für Generationengerechtigkeit, für ein Mehr an Demokratie, für ein Gleichgewicht zwischen den Ländern des Nordens und des Südens, für den Vorrang von Aspekten der Lebensqualität gegenüber rein materieller Fragen.

Insofern hofft der Mouvement Ecologique mit dem Aktionsplan einen Fundus an Anregungen und Konzepten anzubieten, der einen konstruktiven Beitrag zur Zukunftsgestaltung leisten kann.

Die Grundorientierung des Aktionsplanes

Vier gesellschaftspolitische Eckpfeiler

Ein Ausblick über die Politikgestaltung der nächsten Jahre setzt ein Hinterfragen der Mechanismen voraus, welche zu einem relativen Scheitern der nachhaltigen Politik in der vergangenen Legislaturperiode beigetragen haben könnten.

Man gewinnt den Eindruck, als erfolge auf vielen Ebenen eher eine "gestion des affaires courantes" als eine offensive Politikgestaltung; das Engagement und Mitwirken an der Politik von BürgerInnen wird von den politischen Akteuren häufig eher als störend denn als bereichernd empfunden;

das Konzept der nachhaltigen Entwicklung wird nicht offensiv angegangen, sondern es wird vielmehr z.T. versucht, die Herausforderungen im Bereich nachhaltige Entwicklung herunterzuspielen (cf. Klimaschutz); Projekte werden zwar angekündigt (cf. Schienentransport), deren Umsetzung ist aber in keiner Form gewährleistet.

Basierend auf der Analyse der Schwächen der heutigen Politik, ergeben sich entsprechende Prioritäten für die Zukunft.

Von einer "gestion des affaires courantes" zu einer zukunftsorientierten nachhaltigen Politik - Nachhaltige Entwicklung als Messlatte der Politikgestaltung machen

Es gibt gute Beispiele in der Vergangenheit Luxemburgs, die aufzeigen, dass die Politik sehr wohl gestalterisch wirken kann:

- es war die Vision eines friedlichen Europas von Menschen wie Robert Schumann, die letztlich zu einer Vereinigung Europas und einer politischen Struktur geführt hat, der mittlerweile auch ehemalige Oststaaten beigetreten sind.
- es waren in den 60iger Jahren bewusste Entscheidungen von Politik und Wirtschaft, die Luxemburg für internationale Banken interessant gemacht haben. Man mag zu den Privilegien der 'Luxemburger' Banken heute stehen wie man will, wesentlich ist, dass damals bewusste politische Weichenstellungen getroffen wurden.

Die Gesellschaft steht heute vor zukunftsentscheidenden Kursbestimmungen, so z.B. in Sachen Klimaschutz, Umsetzung des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung, Bildungswesen, Integration der ausländischen MitbürgerInnen u.a.m.. Daher muss die nächste Regierung den Mut zu einer Politik der nachhaltigen Entwicklung haben.

Nur wenn

- heute Probleme aufgegriffen und ihre Lösungen antizipiert werden und gehandelt wird (z.B. im Klimaschutzbereich oder in der Transportpolitik);
- die ökologischen Grenzen wirtschaftlichen Handelns anerkannt werden;
- ein Konsens geschaffen wird, dass die Lebensqualität kommender Generationen gewahrt bleiben und heute eine Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd gewährleistet werden muss,

wird unser Land den eigentlichen Zukunftsherausforderungen gerecht.

Es kann und darf deshalb nicht länger sein, dass ein Wirtschaftsministerium ökologische Belange ignoriert oder leugnet, ein Staatsminister sich nur gelegentlich der Frage der Nachhaltigkeit widmet, Probleme bewusst auf die lange Bank geschoben werden (z.B. Abhängigkeit von einer risikoreichen Nischenpolitik z.B. Tanktourismus) oder politische Parteien kaum über Ansprechpartner in diesem Bereich verfügen.

Unerlässlich ist eine reale Öffnung der Politik und der Gesellschaft auf diese so wichtige Fragestellung. Die Nachhaltigkeit muss die Messlatte für gesellschaftspolitisches Handeln darstellen!

Ein neues Modell Luxemburg - neue Wege der Politikgestaltung als zentrale Herausforderung der nächsten Jahre

Die heutigen Strukturen des Staatsapparates können ein offensives Angehen der Zukunftsherausforderungen nicht mehr in der notwendigen Tiefe und Breite bewältigen. Die Debatte über EU-Themen wird sträflich vernachlässigt, die derzeitige Organisation der Regierung ist wenig kohärent, die Abgeordnetenkammer wird derzeit ihrer Rolle (auch im Verhältnis zur Exekutive) kaum mehr gerecht, mehr als ein Drittel der BürgerInnen dieses Landes sind von der politischen Meinungsbildung ausgeschlossen. Insofern ist es unerlässlich, dass über eine Umgestaltung der heutigen Strukturen nachgedacht wird. Einher gehen muss eine Stärkung der Zivilgesellschaft, damit in einem Ausgleich aller Kräfte die verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen einen Beitrag zur Entwicklung Luxemburgs leisten können.

Der Mouvement Ecologique fordert ein "neues Modell Luxemburg", d.h. neue Wege der Meinungsbildung und

Entscheidungsfindung im Sinne u.a. auch einer Stärkung der partizipativen Demokratie.

Es kann nicht länger sein, dass Probleme einerseits ausgesetzt und andererseits in nicht mehr dafür angepassten Gremien hinter verschlossenen Türen diskutiert werden. So legitim eine Tripartite in bestimmten Fragestellungen auch sein mag, so unerlässlich ist es aber für wichtige Themenkomplexe neue Wege zu finden. D.h. entscheidende Aufwertung der Rolle der Abgeordnetenkammer; Organisation von runden Tischen, Stärkung der Zivilgesellschaft in ihrem Engagement (z.B. durch die Einführung des "congé associatif") u.a.m.

Die neue Regierung sollte unter Einbindung der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure eine breite Debatte über ein neues Modell Luxemburg initiieren.

Menschen und Werte in den Vordergrund stellen

Es ist angebracht, im Rahmen eines Aktionskataloges für eine Legislaturperiode die Frage der Werte in einer Gesellschaft zu stellen. Längstens wurde erkannt, dass materielles Wachstum alleine nicht zur Zufriedenheit in einer Gesellschaft führt - dass vor allem auch das blinde Wachstumsdenken mit zahlreichen Folgeproblemen verbunden ist. Der politische Diskurs aber ist noch sehr stark auf die klassische Form des Wirtschaftswachstums ausgerichtet, das Bruttosozialprodukt wird als Gradmesser der Lebensqualität gesehen.

Die Reflexion zahlreicher BürgerInnen, was in Zukunft tat-

sächlich noch die Lebensqualität in einem Land ausmacht, sollte offensiv genutzt werden über Werte- und Lebensvorstellungen zu diskutieren, dies u.a. auch vor dem Hintergrund eines sich aufdrängenden Ausgleiches zwischen den Ländern des Nordens und des Südens.

Regierung und Abgeordnetenkammer haben hierbei durchaus die Möglichkeit einen offensiven Beitrag zu leisten, damit auch diese grundsätzlichen Fragen aufgegriffen werden, u.a. in dem bei wichtigen Entscheidungen die Wertefrage stärker thematisiert wird.

Chancen nutzen - Arbeitsplätze schaffen

Vor allem aber gilt es, die direkten und konkreten Chancen - auch auf wirtschaftlicher Ebene - nicht länger zu verkennen, die auch in der nachhaltigen Entwicklungen liegen. Im Bereich der erneuerbaren Energien wurden in den vergangenen Jahren über 300 neue Arbeitsplätze und 20 neue Betriebe geschaffen! Welcher andere Wirtschaftszweig hat eine derartige Entwicklungsrate aufzuzeigen? Dabei steht

dieser Bereich nur symbolisch für Chancen u.a. für Klein- und Mittelbetriebe, die auch auf anderer Ebene - z.B. der Altbausanierung - liegen. **Insofern stellen Akzente in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung auch massive Chancen, ebenfalls auf der Ebene der Wirtschafts- und Arbeitsplatzpolitik, dar! Diese sollten bewusster in den Vordergrund gestellt und aufgegriffen werden.**

Die wesentlichen Forderungen des Aktionsplanes für eine nachhaltige Entwicklung 2004 - 2009

Ein 17. Punkteprogramm des Mouvement Ecologique

Es ist an dieser Stelle nicht möglich alle erstellten Vorschläge des 64-seitigen Aktionsplanes für eine nachhaltige Entwicklung wiederzugeben. Der Mouvement Ecologique nimmt Stellung zu:

- Nachhaltige Entwicklung braucht Vernetzung der Regierungsarbeit
- Mir lieven all an enger Welt
- EU-Politik: sensibilisieren - beteiligen
- Nachhaltige Entwicklung - Taten statt Worte!
- Demokratie: neue Wege der Politikgestaltung
- Landesplanung: Priorität für die regionale Entwicklung
- Natur und Landschaftsschutz, fachlich begründen, professionnel umsetzen!
- Mobilität: Priorität für den öffentlichen Transport
- Energiepolitik und Klimaschutz: eine zentrale Herausforderung
- Umweltpolitik: Vorsorgende Umweltpolitik im Dienste der Lebensqualität
- Wasserwirtschaft - EU-Rahmenrichtlinie offensiv umsetzen
- Ökologisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten vorantreiben
- Landwirtschaft: Qualität hat ihren Preis
- Gesundheitspolitik: Prävention statt Reparatur

Einige wesentliche Kernforderungen seien nachfolgend zusammengefasst :

1. Ressorterteilung der Regierung überdenken: Neustrukturierung gemäss den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique gilt es, im Rahmen der neuen Regierungsbildung bei der Aufteilung und Organisation der Ministerien auch die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung zu berücksichtigen.

Insofern werden folgende zentrale Forderungen seitens des Mouvement Ecologique gestellt:

- **Schaffung eines Energie- und Umweltministeriums, das in Personalunion mit dem Transportministerium geleitet wird.** Somit wären die relevanten Ministerien auch auf der Ebene der Klimaschutzpolitik in ihrer Aktion gebündelt.
- **Schaffung auf der Ebene des Staatsministeriums einer "coordination du développement soutenable et de l'aménagement du territoire",** die von einem Staatssekretär gewährleistet wird. Diese soll die Koordination der sektoriellen Ministerien in den Bereichen nachhaltige Entwicklung und Landesplanung übernehmen, ohne jedoch die sektoriellen Ministerien ihrer Kompetenzen zu entbinden. Diese bleiben weiterhin für ihr Politikfeld zuständig (z.B. Umwelt für die Fortführung einer nachhaltigen Politik aus ökologischer Sicht).
- **Schaffung eines Ministeriums für Verbraucherfragen und Lebensmittelsicherheit**
- **Schaffung eines "Ministère de l'Urbanisme, du développement rural et du logement"** zur Bündelung der Kompetenzen in diesem Bereich.
- **Personelle Aufstockung des Umweltministeriums,** vor allem durch eine verstärkte Kompetenz in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Wirtschaft und Naturschutz.

2. Neue Wege der Politikgestaltung - ein "neues Modell Luxemburg" entwickeln

Von zahlreichen gesellschaftlichen Akteuren wird die Art und Weise wie in Luxemburg Debatten geführt, Zukunftsthemen aufgegriffen werden ... als überarbeitungswert erachtet. Neue Wege in der Streitkultur, auf der Ebene der direkten Demokratie aber auch betreffend das Aufgreifen von Zukunftsherausforderungen, sollten begangen werden.

- Für eine **Aufwertung der Arbeit der Abgeordnetenkammer**, u.a. auch durch Ausbau deren personellen Mittel, deren Einbindung in wichtige EU-Entscheidungen bzw. einer stärker strukturierten und öffentlichkeitsorientierten Arbeitsweise bei Anhörungen zu wesentlichen gesellschaftlichen Fragen u.a.m.
- Für die **Schaffung von pro-aktiven Instrumenten der Beteiligung der BürgerInnen sowie der Zivilgesellschaft** (z.B. Organisation von "Runden Tischen", Ausbau des Moderationsangebotes, bessere Einbindung der BürgerInnen in Planungsprozessen).
- **Einführung des "congé associatif"**: Gesellschaftspolitisches Engagement ist nur dann möglich, wenn eine begrenzte Freistellung (z.B. für Weiterbildung, Teilnahme an Sitzungen die u.a. auch vom Staat während

Arbeitsstunden einberufen werden) möglich ist.

- **Umsetzung der Aarhus-Konvention**, die seit Jahren ihrer Umsetzung harret und den Bürgern weitgehendere Mitwirkungs- und Informationsrechte zugesteht.
- **Akzente im Sinne der politischen Bildung**: eine Analyse der derzeitigen Lehrpläne zeigt in der Tat gravierende Mängel betreffend die politische Bildung in Luxemburg auf. De facto erfolgt diese im postprimären Bereich kaum.
- **Systematische Veröffentlichung und Valorisierung der Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung**: Die Messinstrumente betreffend die nachhaltige Entwicklung sollten zumindest denselben Stellenwert erhalten wie das Bruttosozialprodukt.
- **Stärkere Integration ausländischer MitbürgerInnen**: Ein Land, in dem fast die Hälfte der Einwohner von der Teilnahme am politischen Leben quasi ausgeschaltet werden und deren Integration nur begrenzt gegeben ist (cf. auch Analysen betreffend die Bildungsproblematik), hat ein gravierendes Problem. Eine nächste Regierung muss eine Priorität darauf legen, hier neue Wege zu gehen.

3. Herausforderung EU aufgreifen - EU-Entscheidungen demokratischer gestalten

Die EU-Entscheidungen prägen mehr und mehr auch die Politik der einzelnen Länder, in dem Sinne ist es auch interessant, dass der Wirtschafts- und Sozialrat dem Thema ein ganzes Kapitel im Bericht zur Lage der Nation gewidmet hat.

In Luxemburg aber werden Entscheidungen die auf EU-Ebene anstehen, sei es auf der Ebene von EU-Ministerratssitzungen oder aber im EU-Parlament, kaum im Vorfeld thematisiert. Deshalb sollten u.a. folgende Massnahmen ergriffen werden:

- **Erstellung eines Kriterienkataloges**: Es sollten klare Kriterien erstellt werden, welche wesentlichen Entscheidungen auf EU-Ebene im Vorfeld in der Abgeordnetenkammer diskutiert werden müssen, für welche die Abgeordnetenkammer ein Mandat erteilen soll. Hier soll ein "Frühalarm-System" erstellt werden, das erlaubt die Bedeutung der verschiedenen EU-Dossiers im Vorfeld zu erkennen.
- **Mandate für Abstimmungsverhalten**: Es sollte zur Gepflogenheit werden, dass die einzelnen Parteien "ihren" EU-Parlamentariern ebenfalls ein Mandat für ihr Abstimmungsverhalten mit auf den Weg geben.
- **Stärkung der Akteure der Zivilgesellschaft**: Es gilt die Akteure der Zivilgesellschaft seitens des Staates stärker finanziell zu unterstützen, damit diese überhaupt die Möglichkeit haben EU-Themen aufzugreifen und aktiv werden zu können.
- **Entkoppelung der EU- und Nationalwahlen**: Damit EU-Themen überhaupt eine Chance haben stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, sollte eine Entkoppelung von National- und EU-Wahlen erfolgen. Des Weiteren sollte zwingend festgelegt werden, dass nur solche Kandidaten auf Listen für das europäische Parlament gesetzt werden, die tatsächlich bereit sind, im Falle einer Wahl ihr Mandat anzunehmen.

4. Für ein Bekennen zum Konzept der "starken Nachhaltigkeit"

Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung wird recht stark strapaziert und auch unterschiedlich interpretiert. Einigkeit besteht aber darin, dass es darum geht, eine Symbiose zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Belangen herzustellen.

- **Für eine "starke nachhaltige Entwicklung":** Der Mouvement Ecologique tritt für den sogenannten Begriff der "starken Nachhaltigkeit" ein. D.h. im Rahmen der Berücksichtigung der drei Politikbereiche liegt eine gewisse Prioritätensetzung auf der Ebene der Ökologie, da der Umweltraum die Voraussetzung schlechthin ist für ein Überleben auf dem Planeten und die Grenzen auch für wirtschaftliche Aktivitäten setzt.
- **Für die Schaffung effizienter Strukturen zur Umsetzung einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung:** Die nachhaltige Entwicklung kann aber nur dann zur Umsetzung kommen, wenn neben der politischen Akzeptanz auch die erforderlichen Strukturen vorhanden sind. D.h. neben der Koordinierungsstelle auf der Ebene des Staatsministeriums sind die Schaffung einer

interministeriellen Arbeitsgruppe, die aktuelle Projekte der Regierung kritisch begleitet; die Schaffung eines "observatoire du développement durable", die Umgestaltung des Wirtschafts- und Sozialrates in einen Rat für nachhaltige Entwicklung, die Schaffung eines runden Tisches "neues Modell Luxemburg" erforderlich. Ausserdem sollte jedes Gesetzesprojekt unter dem Blickwinkel der nachhaltigen Entwicklung betrachtet werden.

- **Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Entwicklung miteinander verbinden:**

Es gilt weitaus offensiver als bisher eine gezielte Standortoffensive für Betriebe im Bereich nachhaltige Entwicklung für Luxemburg zu machen. Es gälte endlich hier eine kohärente Strategie zu entwickeln, die von einem gezielten Ausbau der Forschung in diesem Bereich über die Förderung der Altbausanierung bis zu einer neuen Form der Standortprospektion und die Unterstützung neuer Dienstleistungsunternehmen (wie z.B. Car-Sharing) geht.

5. Verfassung im Sinne der nachhaltigen Entwicklung reformieren

Derzeit läuft eine Debatte auch über die Integration nachhaltiger Aspekte in die Verfassung. Es ist beschämend, dass seit Jahren über diesen Aspekt diskutiert wird, jedoch immer noch keine Verabschiedung des entsprechenden Artikels erfolgte. Dabei ist es durchaus von grundsätzlicher Bedeutung, wenn sich eine Gesellschaft auch via Verfassung zu einer nachhaltigen Entwicklung bekennen würde. Insofern sollten in der Verfassung:

- das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung als staatliche Verpflichtung verankert werden.
- das Grundrecht des Einzelnen auf eine natürliche Umwelt verbindlich und einklagbar geregelt werden.

6. Neue Akzente in der Wirtschaftspolitik - von einer Standortpolitik im Bereich Umwelttechnologien bis hin zu einer gezielteren Betriebsberatung und einem Ausbau der Forschung

Neue Akzente in der Wirtschaftspolitik zu setzen, ist sicherlich eine der grössten aber auch der schwierigsten Herausforderungen. Der Mouvement Ecologique ist hierbei der Überzeugung, dass es vor allem auch auf der Ebene des Mittelstandes gilt weiterhin aktiv zu werden. Grundsätzlich gälte es - stichwortartig dargelegt - folgende Akzente zu setzen:

- Finanzielle Unterstützung für Forschungsprojekte als wesentlicher Zukunftsfaktor erhöhen
- Regionale Märkte aufbauen und Initiativen stärken z.B. im Bereich der Holzverarbeitung
- Neuartige Dienstleistungsunternehmen im Umweltbereich fördern

- Vorreiterrolle des Staates gewährleisten, indem vor allem auf sozial- und umweltverträgliche Produkte und Produktionsprozesse zurückgegriffen wird
- Systematische Betriebsberatung im Sinne des Umweltmanagements ausweiten
- Einführung der Umwelthaftung
- Offensive Förderung des Oeko-Audits
- Überarbeitung bestehender Fördermechanismen, in dem aus nachhaltiger Sicht kontraproduktive Subventionen gestrichen - neue eingeführt werden
- Schaffung von Umweltbeauftragten in den Berufskammern.

7. Nachhaltige Steuerreform - die Voraussetzung schlechthin für eine nachhaltige Entwicklung

2003 stellte der Mouvement Ecologique eine Studie "Für eine nachhaltige Steuerreform" vor, die vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln von Prof. Ewringmann erstellt wurde. Die Grundthesen dieser Studie sind, dass:

- mittelfristig die Finanzierung unseres Sozialsystems mit der heutigen Steuerpolitik, den Entwicklungen auf EU-Ebene u.a.m. vor Probleme gestellt wird und neue Mechanismen zur Finanzierung gefunden werden müssen
- eine grundsätzliche Umgestaltung des Steuersystems, auch im Interesse der Langzeitfinanzierung, unerlässlich ist;

- Faktoren, die vom Staat begünstigt werden sollen, weniger stark als bisher besteuert werden sollen (z.B. Faktor Arbeit);

- Faktoren, die reduziert werden sollen (z.B. Energieverbrauch), stärker besteuert werden sollen.

Eine derartige grundsätzliche Steuerreform im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist die Voraussetzung schlechthin für eine nachhaltige Entwicklung und sollte somit eine Priorität der neuen Regierung darstellen.

8. Kyoto und Klimaschutz: die Herausforderungen der Zukunft nicht weiter verschleppen, sondern aufgreifen

Luxemburgs CO₂-Emissionen steigen derzeit wieder massiv an, obwohl eine Reduktion von 28% gemäß Kyoto zwischen 1990 - 2010 erforderlich ist. Luxemburg wird, wenn nicht konsequente Massnahmen ergriffen werden, sogar Ende 2010 mit einem Plus von 20 % dastehen!!!

Erheblicher kann ein Land seine Kyoto-Ziele wohl kaum verfehlen. Entsprechend fordert der Mouvement Ecologique:

- Luxemburg soll kurzfristig einen CO₂-Reduktionsplan erstellen, wie in Luxemburg selbst eine Reduktion der

CO₂-Emissionen erfolgen kann

- Ein Freikauf der CO₂-Emissionen ist nur kurz- bis mittelfristig, unter bestimmten Kriterien und in sehr begrenztem Ausmaß zulässig.

- Mittelfristig sollte ein Ausstieg aus der Tanktourismusfalle gewährleistet werden, das Finanzministerium soll eine Analyse und Strategie vorlegen, wie dieser Ausstieg mittel- bis langfristig erfolgen kann.

9. Erneuerbare Energien und Energiesparen: Gemachte Anstrengungen fortführen - weitere Initiativen ergreifen

Die Förderung der erneuerbaren Energien und eine rationelle Energienutzung sind nach Ansicht des Mouvement Ecologique nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht von Bedeutung (Schaffung von Arbeitsplätzen u.a.m.). In der Konsequenz drängen sich folgende Massnahmen auf:

- Ausbau der unabhängigen Beratung vor allem im Bereich der rationellen Energienutzung
- Überarbeitung der aktuellen Wärmeschutzverordnung -

Festlegen strengerer zeitgemäßer Normen

- Fortführung der bestehenden Reglemente betreffend die erneuerbaren Energien - stärkere Promotion von Niedrigenergie- und Passivhausbauten

- Finanzierung des Einspeisetarifs für erneuerbare Energien über den Energiepreis, statt über den Staatshaushalt

- Ausbau des Aktionsspielraumes der Gemeinden, z.B. durch eine Verankerung der nachhaltigen Energiepolitik im Gesetz betreffend die Bebauung von 1937

- Schutz des kleinen Kunden im liberalisierten Strommarkt.

10. IVL: von einem Reflexionsinstrument zu einem operationellen Aktionsprogramm mit Prioritäten

Grundsätzlich begrüsst der Mouvement Ecologique die Erstellung des IVL, allerdings gilt es nun endlich zu handeln. Dazu fordert der Mouvement Ecologique u.a. folgendes :

- Eindeutige Prioritäten festzulegen, sowohl budgetäre (alle erwähnten Schienen- und Strassenbauprojekte können wohl kaum gewährleistet werden) als auch inhaltliche!
- Voraussetzungen für die Umsetzung bestimmter Ziele stärker diskutieren (z.B. regionale Strukturen, flächensparendes Bauen) und verantwortliche Akteure benennen

- Rolle und Rechte bzw. Pflichten der Gemeinden und Regionen konsequenter regeln
- Massnahmen definieren, um in Erwartung der regionalen bzw. sektoriellen Pläne Projekte zu verhindern, die den Leitlinien des IVL zuwiderlaufen
- Anpeilen eines modal split von 30%, d.h. Voraussetzungen schaffen über das IVL hinaus, das dieses Ziel nicht erreicht (z.B. moderne Stadtbahn durchs Stadtzentrum).

11. Regionalentwicklung fördern und Regionalfonds einführen - das "A" und "O" einer kohärenten Landesplanung

Eine kohärente Landesplanung hängt maßgeblich von der regionalen Entwicklung und starken Regionen ab. Deshalb gilt es hier auch endlich Nägel mit Köpfen zu machen:

- Förderung regionaler Strukturen und gesetzliche Verankerung von deren Entscheidungsprozessen
- Schaffung eines Regionalfonds auf staatlicher Ebene, mit welchem regionale Projekte prioritär unterstützt werden.
- Fortführung der Debatte im Hinblick auf eine klare

Entscheidung, was die Kompetenzaufteilung zwischen Staat - Region und Gemeinden anbelangt; hierbei müssen vor allem auch die sog. fakultativen Aufgaben der Gemeinden berücksichtigt werden.

- Erstellung regionaler und sektorieller Entwicklungspläne: bei der dringenden Erstellung dieser Pläne muss eine direkte Einbindung der Gemeinden, der regionalen "forces vives" sowie der BürgerInnen gewährleistet werden.

12. Mobilität: ehrliche Priorität auf den öffentlichen Transport setzen

In dieser Legislaturperiode wurde so manches Schienenprojekt verabschiedet, jedoch ist derzeit ungewiss, ob die finanziellen Mittel zur Durchführung all jener Projekte auch vorhanden sind. Dies vor allem, da sie z.T. in Konkurrenz zum Straßenbau stehen. Auch das IVL klärt die Frage der Verteilung der Gelder bzw. der Prioritäten kaum. Deshalb fordert der Mouvement Ecologique

- Eine eindeutige Priorität für den Ausbau des öffentlichen Transportes / des Schienennetzes gegenüber dem Strassenbau, dies auch auf budgetärer Ebene (!)
- Das Ziel eines modal split von 30% zu Gunsten der öffentlichen Transportmittel, so wie im Plan für eine nachhaltige Entwicklung definiert, ist als "Muss" anzusehen

- Schaffung eines Verkehrsverbundes, in dem alle relevanten Akteure im Transportbereich (auch die Eisenbahngesellschaft, Gemeinden) vertreten sind - das aktuelle Gesetzesprojekt Grethen darf deshalb nicht vom Parlament gestimmt werden, da es diesen vom IVL vorgegebenen Anspruch nicht erfüllt!
- Umgehende Erstellung eines "plan sectoriel transport" unter Beteiligung aller Akteure
- Dringende Inbetriebnahme einer pro-aktiven Mobilitätszentrale, die diesen Namen verdient;
- Erstellung eines Strategiekonzeptes zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene;
- Liberalisierung im Bereich des öffentlichen Transportes ökologisch und sozial gestalten.

13. Gesundheitspolitik: Prävention statt Reparatur

In Luxemburg wird die Gesundheitspolitik derzeit recht stark im Sinne von "Infrastrukturen" diskutiert. So wichtig diese natürlich sind, so bedeutend wäre es aber auch, neue Akzente zu setzen, die vor allem auf der Ebene der Prävention liegen sollten. Entsprechend gält es folgende Themen aufzugreifen:

- Schaffung eines Ministeriums für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
- Stärkere Einbindung des Ministeriums in wesentliche Entscheidungen (z.B. Betriebsgenehmigungen)
- Gewährleistung einer systematischeren Gesundheitsvorsorge durch Umweltpolitik

- Überdenken der derzeitigen Rolle der Krankenkassen in der Gesundheitsvorsorge (z.B. betreffend Rückerstattungen für präventive medizinische Massnahmen, die Durchführung von Sensibilisierungsaktionen) / Weiterbildung der Ärzteschaft im Bereich der Prävention
- Ausbau der umweltmedizinischen Stelle
- Ausbau der Datenerfassung im Gesundheitsbereich
- Gezieltere Gesundheitsförderung in öffentlichen Institutionen
- Systematische Förderung umwelt- und gesundheitsschoner Produkte
- Zulassung alternativer Medizinformen.

14. Wissenschaftlich fundierten Naturschutz fördern

Auf der Ebene des Naturschutzes würde ein Mehr an Fachlichkeit einen wichtigen Qualitätssprung darstellen, insofern stehen folgende Forderungen im Vordergrund:

- Schaffung einer unabhängigen wissenschaftlichen Stelle, die in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren (Universität, naturhistorisches Museum u.a.m.) für eine stärkere Wissenschaftlichkeit sorgt, alle zwei Jahre einen Bericht zur Lage der natürlichen Umwelt erstellt und veröffentlicht u.a.m.
- Kurzfristige Erstellung eines rechtsverbindlichen sektoriellen Planes für Landschaftsschutzgebiete;
- Reform des "Fonds de l'environnement" im Sinne einer

öffentlich nachvollziehbaren Prioritätensetzung sowie transparente Gestaltung der stark kritisierten Kompensationsmassnahmen bei Eingriffen in die Natur;

- Einsetzen eines runden Tisches zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, in dem Probleme diskutiert und gemeinsame Projekte für die Zukunft ausgearbeitet werden;
- Erstellen einer zeitgemässen Waldgesetzgebung und Überarbeitung des Konzeptes der "forêt soumise" im Sinne einer stärkeren Verantwortung der Gemeinden - FSC-Zertifizierung der staatlichen Wälder
- Reform des Jagdgesetzes

15. Vorsorgende Umweltpolitik im Dienste der Lebensqualität aufwerten

Die Umweltpolitik kann nicht länger das Stiefkind der Regierungsarbeit sein. Deshalb gilt es auch hier endlich wieder Akzente zu setzen, die da sind:

- Integration des Wasserwirtschaftsamtes ins Umweltministerium
- Weiterentwicklung der Umweltverwaltung gemäss den Prinzipien des integrierten Umweltschutzes
- Reform des "Fonds de l'environnement"
- Für eine nachhaltige Beschaffungspolitik: Bei öffentlichen Ausschreibungen sollen ökologische, soziale und ethische Kriterien stärker berücksichtigt werden; der entsprechende Passus des Gesetzestextes soll deshalb überarbeitet sowie modellhafte Lastenhefte erstellt werden;
- Für die verstärkte Anwendung konkreter Instrumente im Sinne des "Umweltmanagements" bei Betrieben (Oeko-Audit, Förderprogramme ...);

- Umgehende Erstellung der Abfallwirtschaftspläne und Förderung der Abfallvermeidung (u.a. durch Beratungsarbeit)
- Erstellung und Veröffentlichung eines Altlastenkatasters;
- Umsetzung eines Luftreinhalteplanes;
- Gewährleistung einer Lärmschutzpolitik.

16. Wasserwirtschaft - EU-Wasserrahmenrichtlinie offensiv umsetzen

Im konkreten Wasserschutz erfolgte im Laufe dieser Legislativperiode recht wenig, dabei drängen sich zahlreiche Massnahmen auf:

- Statt der Vielzahl kleiner Ver- und Entsorger - Konzentrierung der Akteure im Rahmen eines landesweiten Trink- und Abwasserverbandes mit entsprechenden Dienstleistungen und Kompetenzen;
- Kostendeckende (Ab)-Wasserpreise: Preiswahrheit sollte für Propagierung wassersparender Massnahmen genutzt werden;
- Trinkwasserschutzzonen in einem offenen Dialog mit der Landwirtschaft umsetzen
- Zentrale Trinkwasserversorgung begrenzen -

- Unterstützung der Gemeinden bei der Erhaltung dezentraler Trinkwasserfassungen bzw. der Wasserqualität
- Neue Wege in der Abwasserwirtschaft im Sinne von z.B. dezentraler Abwasserbehandlung oder Regenwasserbewirtschaftung
- Ökologisch sinnvolle Renaturierungsmassnahmen aufgrund fundierter Impaktstudien statt der aktuellen Vorgehensweise nach einer Einheitsschablone.

17. Landwirtschaft und Ökologie miteinander versöhnen - Interessen von Produzenten und Konsumenten vereinen

Aufgrund der langjährigen Erfahrungen, die im Rahmen des gemeinsamen Projektes der Stiftung Oeko-Fonds und der "Jongbaueren a -wënzer" bzw. seiner eigenen Aktivitäten im Bereich Naturschutz, legt der Mouvement Ecologique eine besondere Bedeutung auf eine Reihe von Forderungen im Bereich Landwirtschaft so u.a.:

- Wiederversöhnung von Naturschutz und Landwirtschaft u.a. im Rahmen eines runden Tisches "Natur- / Umweltschutz - Landwirtschaft";
- systematischere Förderung der biologischen Landwirtschaft zumindest in dem Ausmass, dass das Ziel eines Anteils des Biolandbaus bis zum Jahre 2010 von 5% überschritten wird;

- Neuorganisation der landwirtschaftlichen Labels im Sinne einer höheren Transparenz und Kontrolle für qualitativ hochwertige Produkte, jedoch auch eine höhere Wertschöpfung für die Landwirtschaft;
- Schutz wertvoller landwirtschaftlicher Flächen, ein Aspekt der im IVL-Konzept nicht berücksichtigt wurde;
- Verstärkte Förderung einer landwirtschaftlichen Diversifizierung u.a. im Energiebereich;
- Weiteres Bestehen auf einer Landwirtschaft ohne Gentechnik;
- Schaffung eines Ministeriums für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz.